

Antrag

der Abgeordneten Dr. Stavenhagen, Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Frau Dr. Walz, Dr. Müller-Hermann, Metz, Kolb, Frau Fischer und der Fraktion der CDU/CSU

Raumfahrtpolitik

Am 17. Oktober 1972 hat die Bundesregierung die Grundlinien des von der CDU/CSU formulierten Weltraumprogramms in wesentlichen Elementen umgesteuert, insbesondere durch folgende Maßnahmen:

- Beteiligung am Apollo-Nachfolgeprogramm der USA auf möglichst breiter europäischer Basis durch das Spacelab im Rahmen der ESA;
- Verzicht auf eine eigene europäische Trägerkapazität;
- Verzicht auf wesentliche Teile des nationalen Programms und schwerpunktmäßige Konzentration auf internationale europäische Zusammenarbeit;
- Einseitiges Herausstellen der Wirtschaftlichkeit und der Vernachlässigung politischer Überlegungen und langfristiger Perspektiven;
- Reduzierung des wissenschaftlichen Programms.

Die Bilanz dieser umgesteuerten Raumfahrtpolitik ist: Trotz Aufwendung enormer Haushaltsmittel ist die Zukunft der Raumfahrt für die achtziger Jahre völlig offen und ohne Zukunftsperspektive.

Der Beschluß, auf eigene Trägerkapazitäten zu verzichten, war politisch falsch. Die Bundesregierung hat dies selbst erkannt und ist in das französische Trägerprogramm „Ariane“ eingestiegen. Die Folge dieser begrenzten Beteiligung ist die relativ schwache Stellung der Bundesrepublik in diesem Programm.

Die einseitige Internationalisierung des gesamten Weltraumprogramms hat nur in Teilbereichen befriedigende Ergebnisse gebracht (z. B. Wettersatelliten), während in der extraterrestrischen Forschung nur ein Minimalprogramm mit sinkender Tendenz realisiert werden konnte. Die Tendenz, das wissenschaftliche Programm zu reduzieren, wird dem hervorragenden Ruf, den Möglichkeiten und Kapazitäten der deutschen Wissenschaft jedoch in keiner Weise gerecht. So gelang es nur wenigen Wissenschaftlern, die aufgrund ihrer Beteiligung an früheren nationalen Raumfahrtprogrammen gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse in neuen Experimenten auf internationalen Missionen zu erweitern. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs blieb dieser Weg weitgehend ganz verschlossen.

Im Bereich der Nachrichtensatelliten hat sich die Europäische Weltraumorganisation ESA als viel zu schwerfällig erwiesen, so daß inzwischen wieder nationale Lösungen, z. B. in Frankreich und in der Bundesrepublik, realisiert bzw. angestrebt werden. Die ESA ist in ihrer Entscheidungsfreiheit vor allem durch die Abstimmungsmodalitäten und politische Einflußnahmen seitens der Mitgliedsländer stark eingeschränkt. Die Vorteile internationaler Zusammenarbeit werden durch den inzwischen sehr aufwendig und unflexibel gewordenen Apparat der ESA weitgehend aufgehoben.

Die Spacelab-Nutzung kommt nur schleppend voran. Eine Beurteilung des tatsächlichen Bedarfs ist problematisch. Die europäischen Partner zeigen wenig Interesse, während in der Bundesrepublik nur durch Bereitstellung von Geld und bei völliger Risikoabsicherung das Interesse zu wecken ist. Die zu hoch gesteckten Erwartungen hinsichtlich Kostenreduktion, kürzerer Vorbereitungszeiten und häufigerer Wiederflugmöglichkeiten mit Spacelab werden nicht erfüllt werden. Die Projektentscheidung vorrangig auf die vermeintliche Wirtschaftlichkeit abzustützen, ist viel zu technokratisch gewesen und führte deshalb zu politisch falschen Entscheidungen.

Für ein hoch technisiertes Land wie die Bundesrepublik ist die Neuorientierung und Intensivierung ihrer Raumfahrtaktivitäten unerläßlich. Die Raumfahrt ist eine Spitzentechnologie, die entscheidend dazu beiträgt, langfristig und weltweit die wissenschaftliche und technologische Kompetenz zu dokumentieren, zu sichern und weiterzuentwickeln. Für zahlreiche, zunehmend aktueller werdende Probleme wie steigender Kommunikationsbedarf, verbesserte Wetter- und Klimavorhersagen, wirkungsvollere Umweltkontrolle bis hin zur Erschließung neuer Energie- und Rohstoffquellen oder möglicherweise auch für die nukleare Entsorgung bietet die Raumfahrt unter Umständen die einzige langfristige Lösung an. Auf vielen Gebieten der technischen und medizinischen Forschung ist die Raumfahrt mit ihren neuen Erkenntnissen und hohen Anforderungen Wegbereiter für weitreichende Fortschritte. Die Bedeutung der Raumfahrt für die Menschheit wird zunehmen und damit auch die wirtschaftliche Dimension dieser Spitzentechnologie für alle deutlicher erkennbar werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die folgenden Grundlinien der von der CDU/CSU formulierten Raumfahrtspolitik wieder aufzugreifen und weiterzuentwickeln:
 - 1.1 Realisierung eines nationalen Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Raumfahrt und eine angemessene Beteiligung an übernationalen Programmen;
 - 1.2 Europa braucht aus politischen Gründen eine eigene Trägerkapazität;
 - 1.3 angemessene Beteiligung an der bemannten Raumfahrt, insoweit diese als Basis für die Erschließung zukünftiger Raumfahrtanwendungen notwendig ist;
 - 1.4 Förderung von Aktivitäten im Bereich der praktischen Nutzung der Satellitentechnik für die Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und politischen Nutzens;
 - 1.5 Förderung von Raumfahrtvorhaben mit besonderem wissenschaftlichen und technischen Interesse in der Bundesrepublik Deutschland;
2. ein langfristiges Raumfahrtprogramm zu entwickeln und eindeutige Programmentscheidungen zu treffen, bestehend aus folgenden Elementen, in deren Rahmen gleichermaßen die technologische Entwicklung wie deren praktische Nutzung gefördert werden:
 - Kommunikationssatelliten
(Direkt-Fernsehen, Datenverbund, Verkehrsführung/Navigation),
 - Fernerkundungssatelliten
(Erderkundung, Umweltüberwachung, Meteorologie, Klimatologie),
 - wissenschaftliche Raumfahrzeuge
(Astrophysik, Astronomie),
 - technologische Raumfahrzeuge
(Entwicklung neuer Anwendungsbereiche z. B. in Werkstoffforschung, Verfahrenstechnik, Medizin, Biologie, Energieversorgung),
 - langfristige Erhaltung und Weiterentwicklung von Trägerkapazitäten, einschließlich der Start- und Betriebseinrichtungen;
3. Nutzungsmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeit des Spacelab kritisch zu überprüfen mit dem Ziel einer ausgewogenen und sinnvollen Nutzung dieser Investitionen und möglicher Weiterentwicklungen;
4. die Effektivität der Europäischen Weltraumorganisation ESA bei der technischen und administrativen Abwicklung

- von Raumfahrtprogrammen kritisch zu überprüfen mit dem Ziel, insgesamt Mittel einzusparen;
5. die Weiterentwicklung der Trägerrakete „Ariane“ voranzutreiben, wenn die bisherigen Arbeiten die Funktionsfähigkeit des Systems bestätigen;
 6. ein wissenschaftliches nationales Programm zu intensivieren, sowohl für den Bereich der Grundlagenforschung (z. B. Röntgen-Astronomie) als auch der Erforschung der Erde (z. B. Geodäsie) aus dem Weltraum;
 7. durch kontinuierliche und sich ergänzende Fördermaßnahmen der vorhandenen Forschungsinstitutionen und der Industrie deren Leistungsfähigkeit zu erhalten;
 8. die internationale Partnerfähigkeit und Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Weltraumforschung und Raumflugtechnologie langfristig zu sichern und zu erhalten;
 9. die Bemühungen zum Verkauf von raumflugtechnischen Systemen, insbesondere Nachrichtensatelliten-Systemen auf dem Weltmarkt zu unterstützen;
 10. die potentiellen Beiträge der Raumfahrt zur Energiegewinnung, Rohstoffgewinnung und -verarbeitung bis hin zur nuklearen Entsorgung zu untersuchen und in ein langfristiges Konzept einzubeziehen.

Bonn, den 19. November 1979

Dr. Stavenhagen

Lenzer

Dr. Probst

Pfeifer

Benz

Engelsberger

Gerstein

Dr. Hubrig

Dr. Riesenhuber

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim

Dr. Laufs

Pieffermann

Frau Dr. Walz

Dr. Müller-Hermann

Metz

Kolb

Frau Fischer

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sich seit 1961 mit der Raumfahrt. Die nach 1945 entstandene 15jährige Lücke wurde mit viel Enthusiasmus und durch Einsatz von beträchtlichen Mitteln in den sechziger Jahren geschlossen. Man kann diese Phase als Lern- und Aufbauphase der deutschen Raumfahrt nach dem Krieg bezeichnen, in der aus dem „Nichts“ eine breite leistungsfähige Basis für zukünftige Raumfahrtaktivitäten in Deutschland gelegt wurde.

Ende der sechziger Jahre hat Deutschland neben der starken europäischen Zusammenarbeit auch mit der transatlantischen Zusammenarbeit mit den USA begonnen. Hier ist die von Bundeskanzler Ludwig Erhard mit Präsident Johnson getroffene Vereinbarung über die Sonnensonde HELIOS zu erwähnen, die am 10. Juni 1969 zusammen mit dem Abkommen über den Aeronomiesatelliten AEROS vom Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Gerhard Stoltenberg, und dem NASA-Administrator Thomas O. Paine unterzeichnet wurde. Das zwischen Frankreich und Deutschland am 6. Juni 1967 geschlossene Abkommen über das SYMPHONIE-Projekt machte Europa als leistungsfähigen Partner in der Raumfahrt für die USA interessant.

Die USA waren ab 1970 daran interessiert, einen Partner zu finden, der in der Lage ist, wichtige Teilaufgaben ihres Raumfahrtprogrammes zu übernehmen. Europa hat im Rahmen der Europäischen Weltraumorganisation ESA die Möglichkeit wahrgenommen, gemeinsam mit den USA das neue wiederverwendbare Raumtransportsystem, bestehend aus Space-Shuttle (USA/NASA) und Spacelab (Europa/ESA) zu entwickeln. Europa erwartete durch diese Zusammenarbeit den Einstieg in die Technologie der bemannten Raumfahrt. Dieser Einstieg ist zweifellos gelungen, der Nutzen bleibt jedoch fraglich.

Der Weltraum ist einer der wenigen Bereiche, die erst seit ca. 20 Jahren im großen Maßstab erforscht und genutzt werden. Die Raumfahrt ist ein Schlüsselbereich für zukunftssträchtige Erforschung und Anwendung von neuen Möglichkeiten für die Menschheit. Für Staaten, die eine führende Rolle für ihre Wissenschaft und Industrie beanspruchen, ist es unmöglich, bei der Raumfahrt Abstinenz zu üben.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie hat mit rund 20 v. H. vom Umsatz den höchsten Anteil an Forschung und Entwicklung vor der nachrichtentechnischen Industrie mit 8,5 v. H. und der Elektronikindustrie mit 6 v. H. und der Maschinen- und chemischen Industrie mit je 4 v. H.

Europas gute Ausgangsposition für die achtziger Jahre muß durch verstärkte Anstrengungen in den nächsten Jahren genutzt und gesichert werden. Hierzu ist jedoch ein weit vorausschauendes Gesamtkonzept der Raumfahrtpolitik notwendig.

Raumfahrtprojekte sind so langfristig angelegt, daß sie nicht in kurzen Fristen schon Erfolge gewährleisten. Deshalb muß

Raumfahrtspolitik langfristig und kontinuierlich festgelegt werden, auch um ernstzunehmender Partner für andere Länder zu sein. Soweit ihr keine langfristige Konzeption zugrundeliegt, die konsequent durchgehalten wird, ist sie zwangsläufig zum Mißerfolg verurteilt. Finanzplanung ist nicht glaubwürdig ohne langfristige Perspektive.

Eine Äußerung von Dr. Robert Frosch, Administrator der NASA, zeigt, wie schwer genaue Voraussagen zu geben sind: „Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Raumfahrt im Oktober 1978 erst mit dem dritten Jahrzehnt begonnen hat. Dieses ist ungefähr mit 1924 in der Luftfahrt zu vergleichen. Wer hätte damals, wo es noch keine Fluglinien gab, voraussagen können, daß die USA für 9500 Mio \$ Flugzeuge exportieren würden.“

Die Bundesregierung hat es versäumt, ein langfristiges Gesamtkonzept zur Raumfahrt zu entwickeln und der Raumfahrt die ihr zustehende Bedeutung mit entsprechender Priorität zuzuweisen. Die Raumfahrt als Spitzen- und Schlüsseltechnologie wird gegenwärtig unterbewertet.

Die Bedeutung der Raumfahrt wird zunehmen und damit wird auch die wirtschaftliche Tragweite deutlicher sichtbar werden. Man kann davon ausgehen, daß die Raumfahrtstechnik in den nächsten Jahrzehnten Alternativtechnologien für die Menschheit hervorbringen wird.

Nachrichtensatelliten der nächsten Generationen werden nicht nur eine verbesserte und erweiterte Versorgung der Bevölkerung mit Rundfunk- und Fernsehprogrammen (Direktempfang) ermöglichen, sondern in weite Bereiche des wirtschaftlichen, staatlichen und wissenschaftlichen Lebens eindringen und den steigenden Kommunikationsbedarf z. B. durch die Bereitstellung leistungsfähiger Datenverbindungen befriedigen. Für die Verkehrsführung nicht nur im See- und Luftverkehr, sondern auch im Landverkehr versprechen Satelliten neue Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Die Fernerkundung mit Satelliten leistet zunehmend Beiträge zum Verständnis und zur Kontrolle unserer Umwelt und der in ihr ablaufenden natürlichen und anthropogenen Prozesse. Wirkungsvolle Umwelt- und Ressourcenmanagementsysteme, deren Bedeutung angesichts rasch fortschreitender Eingriffe des Menschen, wachsender Bevölkerungszahlen und des dadurch bedrohten natürlichen Gleichgewichts der Natur wächst, erfordern die Verfügbarkeit umfassender und aktueller Information, wie sie von Satelliten gewonnen werden kann. Ihre potentiellen Anwendungen reichen u. a. von der Wettervorhersage über die Raumordnung, Regionalplanung und Lagerstättenprospektion bis hin zur Überwachung und Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Nutzung von Wasserressourcen und zur Klimaforschung.

Über diese heute bereits teilweise realisierten Anwendungen hinaus zeichnen sich neue potentielle Nutzungsmöglichkeiten ab:

- Neuartige medizinische Erkenntnisse erlauben vielleicht in Zukunft die Behandlung bisher nicht beherrschter Krankheiten.
- Werkstoffforschung und Verfahrenstechnik könnten durch die Nutzung der Schwerelosigkeit neue Impulse erhalten.
- Es wird ernsthaft zu prüfen sein, welche Möglichkeiten die Raumfahrt langfristig zur Lösung der sich in den kommenden Jahrzehnten zuspitzenden Energie- und Rohstoffprobleme anbieten kann.
- Schließlich könnte die Raumfahrt völlig neue Alternativen für die Entsorgung nuklearer und anderer gefährlicher Stoffe bieten.

Was uns heute noch als unwahrscheinliche Utopie erscheinen mag, könnte im Jahre 2000 oder später schon Selbstverständlichkeit geworden sein. Bedenkt man diese Möglichkeiten, dann müssen heute Konsequenzen gezogen werden, um der Welt-raumtechnologie die Priorität einzuräumen, die ihrer Bedeutung zukommt.

